

Medienmitteilung vom 21. Dezember 2012

ENSI nährt die Zweifel an seiner Unabhängigkeit ein weiteres Mal Nun braucht es Taten statt Worte

Das ENSI hat heute mitgeteilt, dass das AKW Mühleberg angeblich sicher bis 2017 betrieben werden könne, aber für den Weiterbetrieb über 2017 hinaus umfassende Nachrüstungen notwendig seien. Die Grünen erachten die Vorgaben des ENSI als ungläubwürdig, widersprüchlich und falsch. Angesichts des verantwortungslosen Laissez-faire der Nuklearaufsicht ist die Politik gefordert, einen verbindlichen Zeitplan auf die Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg vorzulegen. Der Regierungsrat hat die Möglichkeit, mit dem Gegenvorschlag zur Initiative „Mühleberg vom Netz“ für eine Ausserbetriebnahme des AKW im Jahr 2017 zu sorgen.

Die Stellungnahme des ENSI zum Langzeitbetrieb des AKW Mühleberg wirft Fragen auf. Wieso soll das AKW Mühleberg bis 2017 sicher sein – aber dann plötzlich von einem auf den anderen Tag nur noch mit umfassenden Nachrüstungen betrieben werden können? Offensichtlich ist, dass diverse Anlagenteile des AKW Mühleberg den Sicherheitsanforderungen nicht mehr genügen. Leider ist das ENSI nicht bereit, diesen Sachverhalt deutlich auszusprechen. Die Grünen kritisieren die Stellungnahme des ENSI daher scharf; es ist fahrlässig, den Weiterbetrieb des AKW Mühleberg bis 2017 aus politischen Gründen zuzulassen, obwohl Sicherheitsmängel bestehen.

Auch die zeitlichen Vorgaben des ENSI lassen Zweifel an der Unabhängigkeit des Nuklearsicherheitsinspektorats aufkommen. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seiner Entscheid vom 7. März 2012 eine Befristung der Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg bis zum 28. Juni 2013 verfügt; ein Weiterbetrieb ist demnach nur möglich, wenn vorgängig ein umfassendes Instandstellungskonzept eingereicht wird. Wieso das ENSI der BKW nun teilweise eine Fristerstreckung bis zum 31. Dezember 2013 gewährt, ist absolut schleierhaft. Diese Vorgehensweise nährt die Zweifel an der Unabhängigkeit des ENSI. Fragen wirft auch auf, wieso die Betreiberin des AKW die Fristerstreckung bis Ende 2013 bereits am 17. Dezember kommuniziert hat – die Aufsichtsbehörde jedoch erst am 21. Dezember.

Angesichts der Unfähigkeit der Nuklearaufsicht, die Konsequenzen aus den offensichtlichen Sicherheitsmängeln zu ziehen, ist nun die Politik gefordert, dies zu tun. Bedauerlich ist, dass es die BKW trotz des auf nationaler Ebene vorgespurten Ausstiegs aus der Atomenergie und der offenkundigen Sicherheitsmängel am AKW Mühleberg bisher verpasst haben, ein Ausstiegsszenario vorzulegen.

Die Grünen Kanton Bern fordern die BKW und den Regierungsrat einmal mehr auf, endlich einen verbindlichen Terminplan für die Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg festzulegen. Aus betriebs- und volkswirtschaftlichen Gründen und im Interesse einer sicheren und wirtschaftlichen Stromversorgung muss die Abkehr von der Atomtechnologie und die Umstellung hin zu erneuerbaren Energien jetzt vorgenommen und nicht weiter verzögert werden. Der Regierungsrat hat im Oktober einen Gegenvor-

schlag zur Initiative „Mühleberg vom Netz“ in Aussicht gestellt. Nach der heutigen Mitteilung des ENSI ist klar, dass ein Weiterbetrieb des AKW Mühleberg über 2017 hinaus nicht in Frage kommt. Es wäre falsch und fahrlässig, hohe dreistellige Millionenbeträge in Nachrüstungen für ein marodes AKW zu investieren. Nötig ist stattdessen eine rasche und nachhaltige Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat, Tel. 079 263 47 68